

# Protokoll der achten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 30.10.2018

- Anwesend: Herr Kremer (Vorsitzender), Frau Heuser (CDU), Frau Borowski (SPD), Frau Jung (FDP), Frau Schulenburg (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), Frau Ackermann u. Herr Heimann (beide Jugendamtseleternbeirat), Herr Dr. Pich (Stadtschulpflegschaft),
- Verwaltung: Herr Doğan, Frau Kusserow, Herr Engels (Protokoll),  
Frau Tönnishoff (Stabsstelle Integration und Sozialplanung-Projektleitung Demokratie leben),  
Herr Germscheid (Projektleitung „Zukunft der der Jugendarbeit“)
- Herr Prof Dr. Thimmel, Herr Kusber - M.A., Frau Maslejok - Studentin B.A. (alle TH Köln)

## TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kremer, begrüßte die Mitglieder des Unterausschusses und die anwesenden Gäste und eröffnete die Sitzung. Er verwies auf die große Zahl der interessierten Gäste aus dem Kreis der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Er schlug vor, diesen ein Rederecht zum TOP 3 einzuräumen.

Herr Doğan ergänzte, dass bereits bei der Vorstellung des Prozesses im Jugendhilfeausschuss eine möglichst große Transparenz und Mitwirkung der Experten vor Ort angekündigt worden seien. Daher seien die vor Ort aktiven Träger sowie weitere Träger, die ihr Interesse an einer Mitwirkung in diesem Prozess bekundet hatten, zu dieser Sitzung eingeladen worden. Es bleibe den Mitgliedern des Unterausschusses vorbehalten, diesen durch einen entsprechenden Beschluss die Möglichkeit zu geben, sich zum Tagesordnungspunkt zu äußern.

Frau Borowski dankte den anwesenden Trägern für ihr Interesse und ihre Mitwirkung. Sie plädierte dafür, ein Rederecht einzuräumen. Frau Jung begrüßte dies ebenfalls, fragte aber in Anbetracht der Zahl der Gäste nach dem vorgesehenen Rahmen. Der Vorsitzende Herr Kremer schlug eine Vorstellungsrunde der Träger vor und die Möglichkeit sich durch jeweils eine Person an der Diskussion zu beteiligen.

Die Mitglieder des Unterausschusses stimmten einstimmig für ein Rederecht der anwesenden Trägervertretungen.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass keine Ergänzungen zur Tagesordnung vorlagen. Da die Vertretung der TH Köln verkehrsbedingt erst kurz nach Beginn der Sitzung eingetroffen war, wurde der TOP 4 vorgezogen.

## TOP 2: Protokoll der siebten Sitzung vom 17.10.2017

Das Protokoll wurde ohne Einwände und Ergänzungen angenommen.

## TOP 4: Vorstellung des Projektes Demokratie leben

Zu Beginn betonte Herr Doğan, es sei ihm wichtig, Demokratisierungs- und Präventionsprozesse frühzeitig anzustoßen. Vor allem Rechtsextremismus und religiöser Extremismus seien Themen, in denen die Kommunen frühzeitig präventiv tätig sein müssten. Dies geschehe in Sankt Augustin u.a. schon durch die Jugendarbeit. Er freue sich, dass es gelungen sei, Fördergelder des Bundesfamilienministeriums für das Projekt „Demokratie leben“ zu erhalten. Die Bewilligung sei kurzfristig zum 1.10.2018 erfolgt.

Frau Tönnishoff, die Leiterin der Stabsstelle Integration und Sozialplanung, stellte als Projektkoordinatorin das Projekt vor (**Anlage 1**). Sie verwies auf die Stärkung der Netzwerkarbeit und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im zu gründenden Jugendausschuss. Dieser biete als Gremium mit eigenem Budget eine besondere Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Auch die Fachkräfte aus Schule und Jugendarbeit seien eine wichtige Zielgruppe des Projektes. Sie kündigte für den 08.12.2018 eine Auftaktveranstaltung an.

Der Vorsitzende dankte für den Vortrag. Herr Misch erklärte, dass ihm viele Details noch nicht klar seien, vor allem in der Umsetzung.

Herr Dogan antwortete, der Vortrag sei eine gebündelte erste Information. Vieles müsse sich erst entwickeln und von den Beteiligten gemeinsam gestaltet werden. Er verwies auf die von Frau Tönnishoff angekündigte Auftaktveranstaltung. Hier werde der Prozess näher erläutert und es werde Raum für erste gemeinsame Planungen gegeben, unter anderem für die Arbeit des Jugendausschusses. Von dem Projekt erhoffe er sich den Auf- und Ausbau von Netzwerken mit Wirkung über den Projektzeitraum hinaus. Gerade die Jugendarbeit sei vor allem für Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen ein wichtiger Präventionsbaustein neben vielen anderen Bausteinen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Diese Bausteine gelte es zu vernetzen und deren Know-how zu bündeln. „Demokratie leben“ könne dadurch zu dem Ziel beitragen, für Sankt Augustin eine Jugendarbeit „aus einem Guss“ aufzubauen. Er verwies auf die Tandemprojekte, die die Möglichkeit bieten, Präventionsprojekte in unterschiedlichsten Konstellationen, etwa ein Jugendverband mit einer Kita oder eine Kita mit einer Schule, gemeinsam durchzuführen und im Rahmen des Projektes zu finanzieren. Er äußerte die Hoffnung auf eine Förderung über 2019 hinaus.

### **TOP 3: Qualitätsentwicklungsprozess im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Sankt Augustin**

Herr Kremer begrüßte Nico Germscheid als den Projektbeauftragten für diesen Prozess, der sich daraufhin kurz vorstellte. Herr Doğan ergänzte, dass der angestoßene Prozess sehr wichtig sei und mit dieser Stelle hierfür von der Stadt ausreichende personelle Ressourcen geschaffen worden seien. Er freue sich, dass die Stelle zeitnah aus dem eigenen Haus besetzt werden konnte.

Anschließend stellten Herr Prof. Dr. Thimmel sowie Herr Kusber und Frau Maslejak die Bedeutung der nonformalen Bildung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, den geplanten wissenschaftlich begleiteten Qualitätsentwicklungsprozess und die Zeitschiene vor. Im Rahmen ihres Vortrags (**Anlage 2**) verwiesen sie vor allem auf die Auflösung der Trennschärfe zwischen Offener Arbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Hilfe zur Erziehung sowie auf die Bedeutung der Kooperation der Akteure vor Ort und die Notwendigkeit verlässliche Strukturen vor Ort zu schaffen. Vor Eintritt in die sich anschließende Diskussion erklärten sie sich bereit, Fragen zu beantworten und mit den Beteiligten in den Dialog einzutreten. Zuvor stellten sich jedoch die anwesenden Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die ein Rederecht für diesen Tagesordnungspunkt erhalten hatten, kurz vor.

In der Diskussion sprachen Frau Jung und Herr Heimann aber auch Vertreter der Träger den engen Zeitrahmen an. Herr Doğan nannte den Zeitplan ebenfalls ambitioniert, er und Prof. Dr. Thimmel seien jedoch zuversichtlich, dass rechtzeitig zur JHA-Sitzung im Sommer 2019 Ergebnisse erzielt werden können. Falls dies wider Erwarten nicht gelingen würde, sagte Herr Doğan zu, dass Interimslösungen geschaffen werden, um bestehende Angebote zu sichern. Damit sei eine Verlängerung des Prozesses verbunden.

Auf Nachfrage von Herrn Heimann nach der Dauer vergleichbarer Projekte erklärte Herr Prof. Dr. Thimmel, dass durch den Einsatz des Projektleiters „Zukunft der Jugendarbeit“ für viele der vor Ort anfallenden Aufgaben gerade in der Kommunikation mit den beteiligten Trägern und Personen ausreichend personelle Kapazität zur Verfügung steht. Dies sei bei den Projekten, die er bisher betreut habe, nicht der Fall gewesen. Mithin könne durch den Projektleiter, der Ansprechpartner für die Technische Hochschule sei, die Umsetzung erheblich beschleunigt werden.

Auf die Fragen von Herrn Dr. Pich, was geschehe, wenn der Konzeptentwurf zur Neustrukturierung im Jugendhilfeausschuss abgelehnt werde, antwortete Prof. Dr. Thimmel, es sei ein wichtiger Teil des Prozesses, die Fachpolitik von Beginn an mitzunehmen. Da es sich um einen ergebnisoffenen Prozess handele, müsse die genaue Form noch ge-

sucht und entwickelt werden. Frau Jung begrüßte die Heraushebung der Fachlichkeit der politischen Beteiligten und fragte, wann die Politik mit einbezogen werden solle.

Herr Doğan erklärte, es handele sich um zwei Prozesse: den Qualitätszirkel, der im Rahmen von mehreren Workshops mit Trägern, Fachkräften und der Verwaltung auf Arbeitsebene tätig sei und gemeinsam Qualitätsmerkmale von Jugendarbeit entwickle und parallel hierzu die Einbindung der Politik durch den Unterausschuss Kinder- und Jugendförderplan und den Jugendhilfeausschusses. Dort werden die Ergebnisse letztlich auch zur Abstimmung gestellt.

Auf die Nachfrage von Frau Schulenburg, wie die Beteiligung der Jugendlichen geplant sei, antwortete Frau Maslejak, dass eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Bereichen gewünscht sei. Dabei sollen die bestehenden Strukturen, wie das Kinder- und Jugendparlament, die SV-Vertretungen und die Jugendverbände, aber auch Nutzer der Kinder- und Jugendeinrichtungen und Interessierte außerhalb der Angebote der Jugendarbeit eingebunden werden. An der Zukunftswerkstatt sollten ca. 15 Kinder und Jugendliche teilnehmen.

Herr Prof. Dr. Thimmel ergänzte mit Blick auf die Beteiligung der anderen Betroffenen, es gehe ihm zunächst um die Wertschätzung des Bestehenden und der beteiligten Personen, auch der befragten Kinder und Jugendlichen. In dem gemeinsamen Prozess werde ein Vorschlag zur Konzeptentwicklung und zum Aufbau von Kriterien und Strukturen für die Verteilung auf fachlicher Ebene erfolgen. Später könne ggf. eine Erweiterung der Beteiligung, z.B. durch repräsentative Befragungen von Jugendlichen oder die Einbeziehung weiterer Bereiche, u.a. der Schulen oder der OGS erfolgen, wenn dies im Prozess als für die weitere Forschung und Klärung als notwendig erachtet werde. Dies sei aber zunächst nicht Bestandteil des Prozesses.

Auf Nachfrage bestätigte Herr Doğan, dass die alten Strukturen bestehen blieben bis neue geschaffen worden seien. Die bestehenden Angebote sollten nach Möglichkeit weitergeführt werden. Nicht Einsparung sei das Ziel, sondern die Frage, wie die vorhandenen Mittel optimal eingesetzt werden können. Dabei gehe es auch um die Frage, was von dem Bestehenden tatsächlich erforderlich und was gegebenenfalls zusätzlich notwendig sei. Letztlich treffe der Jugendhilfeausschuss diese Entscheidung. Es gehe jedoch nicht nur darum, eine Verteilungsstruktur aufzubauen. Auch die Erarbeitung von Standards sowie Qualitäts- und Wirksamkeitskriterien bei Trägerpluralität seien für eine Jugendarbeit „aus einem Guss“ notwendig. Ergebnisse seien immer nur vorläufig, da ständig überprüft werden müsse, ob die vorhandenen Angebote noch bedarfsgerecht und zeitgemäß sind. Auf die Nachfrage von Frau Jung, ob eine Umsetzung des Konzeptes durch Haushaltsmittel gedeckt sei, antwortete Herr Doğan, zunächst ginge es darum, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen. Das zu entwickelnde Konzept solle aber über 2020 hinaus tragen und er sei optimistisch, dass sich die Stadt Sankt Augustin dann wieder in einer besseren Haushaltslage befindet. Zudem gebe es Möglichkeiten, durch personelle Umsteuerung auf neu festgestellte Bedarfe zu reagieren.

Herr Misch verwies auf Untersuchungen und Dokumentationen, die vom Stadtjugendring erstellt worden sind, und regte an, diese mit einzubeziehen. Als Problem für eine Beteiligung, nannte er, dass in der Jugendverbandsarbeit viele Beteiligte ehrenamtlich tätig sind. Eine wichtige Aufgabe in diesem Prozess sei es, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie Kinder und Jugendliche erreicht werden können, die bisher noch nicht die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nutzen. Die Bedeutung dieser Frage wurde auch von Prof. Dr. Thimmel und anderen Anwesenden bestätigt.

Herr Prof. Dr. Thimmel erklärte mit Verweis auf § 3 und 4 SGB VIII, dass aus seiner Sicht Jugendarbeit „aus einem Guss“ immer als subsidiäre Jugendarbeit verstanden werden müsse. Diese sei durch Politik schwierig zu steuern, sei aber eine notwendige Antwort auf die Probleme unserer pluralistischen Gesellschaft.

Nicht nur die Mitglieder des Unterausschusses begrüßten den vorgestellten Prozess und dessen Ziele, auch die Vertretungen der freien Träger äußerten sich positiv.

Frau Friedhofen dankte im Namen des DKSB für die Transparenz des Prozesses und hoffte, dass die externe Begleitung zur Stärkung der Fachlichkeit führen werde. Es werde in Sankt Augustin bereits viel für Kinder und Jugendliche getan, allerdings sei eine bessere Vernetzung notwendig.

Herr Ritz berichtete, sein Träger, Hotti e.V., habe sich in diesem Jahr auch neu aufstellen müssen und habe großes Interesse, sich am Prozess zu beteiligen.

Herr Dülberg von der Jugendfarm Bonn e.V. erklärte, ein ähnlicher Prozess habe in Bonn über zwei Jahre hinweg stattgefunden. Unter Beteiligung der Träger, des Jugendhilfeausschusses und der Stadtverwaltung sei ein Rahmenkonzept erstellt worden. Dabei habe auch viel Übersetzungsarbeit zwischen den unterschiedlichen Beteiligten (Träger, Verwaltung, Jugendhilfeplanung, Politik) geleistet werden müssen. Er hielt es für wichtig, die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen einzubeziehen.

Herr Braun Paffhausen von der Kath. Jugendagentur Bonn bestätigte die Erfahrungen aus Bonn. Auch er sehe die besondere Bedeutung der Schnittstellen zwischen den Bereichen der Jugendarbeit. Die Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen umfasse viele Bereiche, wie z.B. Schule, OGS, Verein, OT, Jugendverband etc. Diese Bereiche und die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen müssten einbezogen werden.

Herr Emontzpohl von der Kath. Kirchengemeinde bat darum, nicht nur das Konzept gemeinsam zu entwickeln, sondern auch die Umsetzung gemeinsam planen.

Herr Kernenbach vom Verein zur Förderung der städt. Jugendeinrichtungen e.V. erklärte, er freue sich auf den Diskurs. Er begrüßte den vorgestellten Prozess, äußerte sich jedoch skeptisch zur Umsetzung. Aus langjähriger Erfahrung sei es für ihn fraglich, ob Kinder und Jugendliche aus den Einrichtungen des Vereins vor allem in den sozial belasteten Ortsteilen für eine Mitwirkung zu begeistern sind. Es sei interessant und eine Herausforderung, die guten Strukturen zu erhalten und neue Jugendlichen zu erreichen.

Zum Abschluss ging Herr Doğan auf den von der CDU-Fraktion eingereichten Fragenkatalog ein. Er kündigte die ausführliche schriftliche Beantwortung im Rahmen des Protokolls an (**Anlage 3**). Zu den öffentlich zu beantwortenden Fragen nahm er vorab kurz Stellung und verwies im Übrigen darauf, dass einige Fragen bereits durch die Präsentation und anschließende Diskussion beantwortet worden seien.

Frau Jung bat mit Bezug auf die aktuelle Berichterstattung im Generalanzeiger um einen Sachstandsbericht im kommenden Jugendhilfeausschuss über den Fortgang der Arbeiten beim Neubau des Jugendzentrums. Dies wurde von der Verwaltung zugesagt.

## TOP 5: Mitteilungen

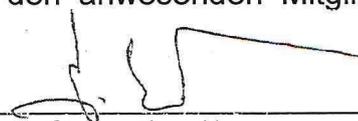
Frau Kusserow teilte mit, dass die Verwaltung entsprechend der Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses die Möglichkeit geprüft habe, neben den bereits bestehenden zwei Stellen der Schulsozialarbeit in Sankt Augustin eine weitere Stelle einzurichten. Hierfür sei der Antrag auf BUT-Mittel des Landes beim Kreis gestellt worden. Ein offizieller Bescheid stehe zwar noch aus, doch habe der Kreis vorab bereits mitgeteilt, dass die dritte Stelle für Sankt Augustin genehmigt werde. Mithin könne unter dem Vorbehalt, dass die entsprechenden Mittel im Nachtragshaushalt 2019 bereitgestellt werden, die dritte Stelle der Schulsozialarbeit in Sankt Augustin eingerichtet werden. Aufgrund der Bedarfslage sei dies an der „Max und Moritz“-Grundschule in Menden vorgesehen.

## Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Sebastian Kremer, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für die Mitarbeit und schloss die Sitzung um 20.05 Uhr.



Klaus Engels  
Protokollführer



Sebastian Kremer  
Vorsitzender des Unterausschusses

Gesehen:



Ali Doğan  
Beigeordneter